

Bern



Weitere vier Jahre
Werner Luginbühl und Hans
Stöckli schauen voraus. 18

Volk will Waldstadt nicht definitiv beerdigen

Das Nein der Stadtberner Stimmenden zur Initiative «Waldstadt - nein danke» sei kein Ja zur Waldstadt, sagt Stadtpräsident Alexander Tschäppät (SP). Es werde nun aber 20 bis 30 Jahre bis zur Ausarbeitung eines konkreten Projekts dauern.

Bernhard Ott

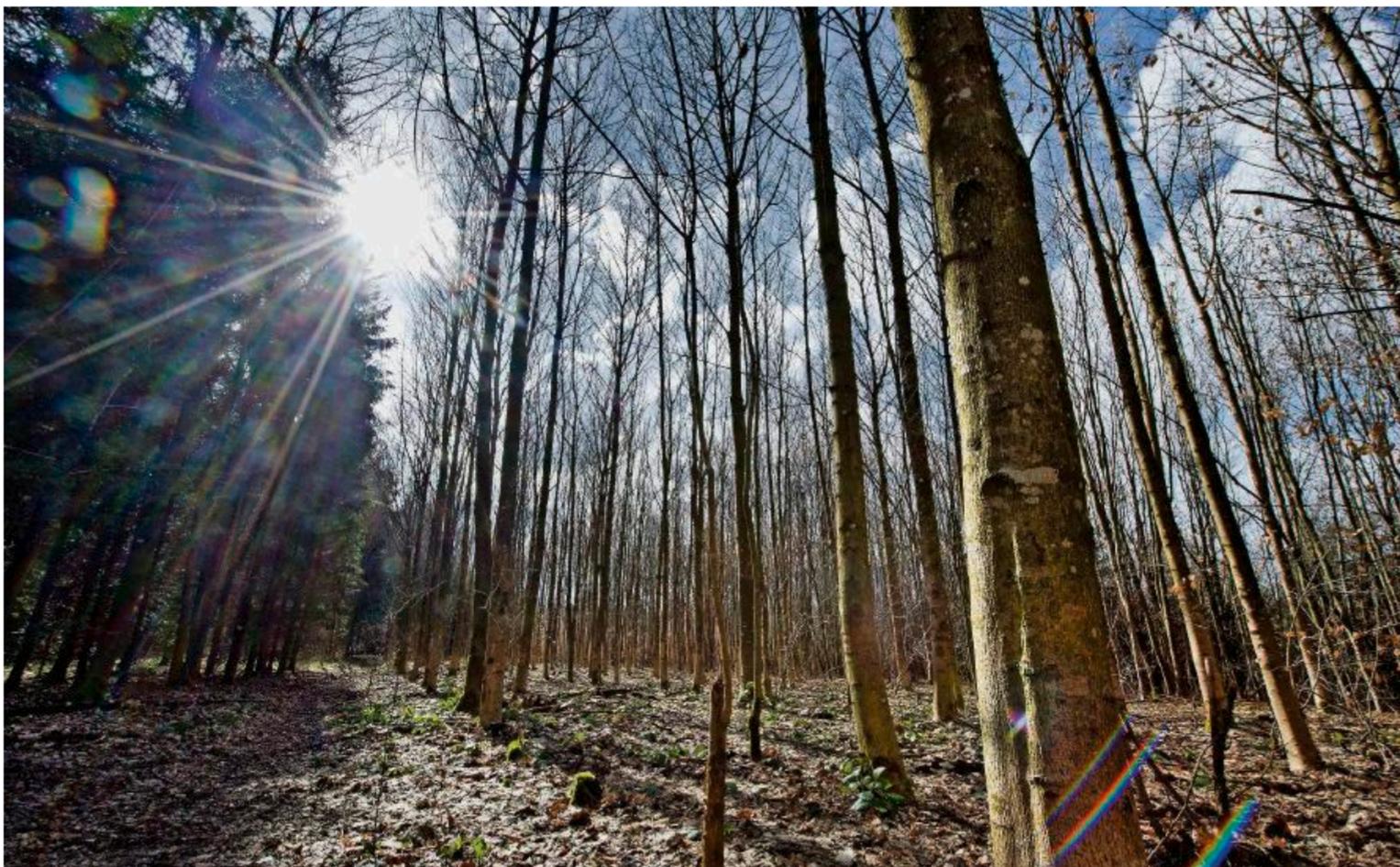
Stadtpräsident Alexander Tschäppät (SP) gab sich gelassen: Das Nein von knapp 66 Prozent der Stadtberner Stimmenden zur SVP-Initiative «Waldstadt - nein danke» sei «vernünftig», sagte er gestern vor den Medien. Denn mit einem Ja zur Anti-Waldstadt-Initiative hätte sich «nichts geändert». Der Wald genieße in der Schweiz ohnehin einen hohen Schutz und eine Lockerung des Bundesgesetzes über den Wald sei nicht absehbar. «Eine Annahme der SVP-Initiative hätte daher nur eine symbolische Wirkung gehabt», sagte Tschäppät.

Bezüglich des Zeithorizonts für eine mögliche Neuauflage eines Waldstadt-Projekts zeigte sich Tschäppät vorsichtig. «Das Nein zur SVP-Initiative ist nicht mit einem Ja zum Projekt Waldstadt zu verwechseln.» Falls sich aber «in 20 bis 30 Jahren» ein neues Projekt konkretisieren sollte, werde die Bevölkerung darüber befinden können, sagte Tschäppät.

Neues Projekt in 10 bis 20 Jahren?

«Hoherfreut» über das Votum ist Grossrätin Nicola von Greyerz (SP). Sie ist im Vorstand des Fördervereins Pro Waldstadt und half mit, ein Gegenkomitee zur Initiative «Waldstadt - nein danke» aus dem Boden zu stampfen. Dem Komitee beigetreten waren vor allem Mitglieder von FDP, BDP und Grüner Freier Liste (GFL). SP und Grünes Bündnis (GB) blieben ihm fern, weil sie nicht als Befürworter der Waldstadt missverstanden werden wollten.

Bei den Gegnern der SVP-Initiative wurde daher ein knappes Resultat befürchtet. «Diese Befürchtungen haben sich zum Glück als unbegründet erwiesen», sagt von Greyerz. Sie hoffe nun aber, dass es nicht 20 bis 30 Jahre bis zur Ausarbeitung eines konkreten Bauprojekts dauern werde, wie dies Stadtpräsident Tschäppät erwähnt hatte. «Mir wäre es lieber, wenn es nur 10 bis 20 Jahre dauern würde, solange die Nachfrage nach Wohnraum weiterhin derart stark steigt», sagt von Greyerz.



Der Wald zwischen Bremgartenstrasse und Autobahn bleibt noch länger erhalten - das Nein zur Anti-Waldstadt-Initiative ändert daran nichts. Foto: Adrian Moser

Dies wäre auf jeden Fall sinnvoller, als die grossen Grünflächen im Westen Berns zu überbauen.

SVP wirft SP «geistigen Spagat» vor

Lange Gesichter gab es gestern bei der SVP Stadt Bern. «Ich habe mir ein anderes Resultat vorgestellt», sagt Präsident Rudolf Friedli auf Anfrage. Er sei ent-

täuscht, weil sich viele Wähler eher an den Nein-Parolen ihrer Parteien orientiert hätten als an den Geboten der Vernunft. «Der Anti-SVP-Reflex war stärker.»

Die Initiative habe ja kein absolutes «Denkverbot» in Sachen Waldstadt verlangt, wie dies von den Gegnern behauptet worden sei. Das Rodungsverbot

hätte ja nur solange gegolten, wie die Baulandreserven auf dem Stadtgebiet nicht aufgebraucht seien. «Manch ein SP-Mitglied musste einen geistigen Spagat vollziehen, um dies abzulehnen», sagt Friedli. Schliesslich seien die rot-grünen Parteien ja auch für den Schutz der Natur. Mit einem Ja-Stimmenanteil von über 34 Prozent sei es der SVP aber

immerhin gelungen, weit über ihren Wähleranteil hinaus zu mobilisieren, sagt Friedli. In einer rot-grünen Stadt sei dies ein beachtliches Resultat.

Den Vorwurf, die Initiative sei unnötig gewesen, weist er zurück. «Falls der Waldschutz auf Bundesebene einmal gelockert wird, hätte es in der Stadt Bern ein Rodungsverbot gegeben.»

Berner sagen Ja zu viertem Hallenbad

Das Stimmvolk sagt deutlich Ja zur Hallenbad-Initiative. Bereits in den nächsten Monaten will der Gemeinderat über den Standort der Schwimmhalle entscheiden.

Sophie Reinhardt

Die Initiative «Für ein zusätzliches Hallenbad in der Stadt Bern» wurde gestern vom Berner Stimmvolk deutlich angenommen. Die für das Geschäft zuständige Gemeinderätin Franziska Teuscher (Grünes Bündnis) zeigte sich «fast ein bisschen überwältigt» von der hohen Zustimmung zur FDP-Initiative. Dies zeige, dass das Volk sich ebenso dringend ein zusätzliches Hallenbad wünsche wie die Stadt selbst. 74 Prozent der Stimmenden sagten Ja zur Volksinitiative. Vorgängiger hatten alle Parteien die Ja-Parole emp-

fohlen, mit Ausnahme der Jungen Alternativen und der linken GPB-DA.

Durch der Annahme der Initiative ist die Stadt nun beauftragt, mindestens sechs zusätzliche Schwimmbahnen zu schaffen. Denn die Gemeindeordnung wird durch das Volks-Ja mit einem Abschnitt ergänzt, der forderte, dass die Stadt Bern mindestens 20 Schwimmbahnen à 25 Meter Länge betreibt. «Jetzt geht es endlich vorwärts mit der Realisierung eines neuen Hallenbads», sagte FDP-Parteipräsident Philippe Müller gestern. Die Planung der Schwimmhalle könne nun nicht mehr auf die lange Bank geschoben werden. Denn der Initiativtext hält fest, dass die geforderte Schwimmfläche bis in fünf Jahren vorhanden sein muss. Diese zeitliche Vorgabe sei «sportlich», sagte Teuscher gestern vor den Medien. «Wir werden möglichst schnell an die Realisierung des neuen Schwimmbads gehen. Aber ob die Umsetzung wirklich in der vorgegeben

Zeit möglich ist, kann ich nicht versprechen.»

Nun geht es darum, den endgültigen Standort für die geplante Schwimmhalle zu finden. Diese soll sich entweder beim Neufeld oder auf dem Viererfeld befinden. «Betreffend des Standorts sollte in den nächsten Monaten ein Entscheid fallen», sagte Teuscher. Die Stadt Bern favorisiere das Neufeld, sagen die Sportverbände (der «Bund» berichtete). Teuscher wollte gestern von einer Favorisierung dieses Standorts nichts wissen. Man sei diesbezüglich mit verschiedenen Beteiligten noch im Gespräch.

Doch das letzte Wort über die zusätzliche Schwimmhalle ist noch nicht gesprochen. Da das Projekt zwischen 50 und 60 Millionen Franken kosten wird und eine Umzonung nötig werden könnte, werden die Stimmberechtigten zu einem späteren Zeitpunkt zum konkreten Bauprojekt nochmals Stellung nehmen können.

Abstimmungen in der Stadt Bern

Fünf weitere Erfolge für den Gemeinderat

Ein neuer Eigerplatz, neue Wohnungen, eine sanierte Manuel-Schule: In den fünf weiteren Abstimmungen ging es zum Teil um Handfestes.

Mit Ja-Stimmenanteilen von 73 bis 91 Prozent wurden folgende Vorlagen angenommen:

Neugestaltung Eigerplatz

Gemeinderätin Ursula Wyss zeigte sich gestern zufrieden. «Mit dem neuen Eigerplatz wird das Quartier eine grosse Aufwertung erfahren», sagte sie unter Anspielung auf die neu vorgesehenen Grünflächen und die Verkehrsführung. In diesem Zusammenhang freute es sie besonders, dass der betroffene Stadtteil Mattenhof-Weissenbühl dem Kredit von über 25 Millionen Franken mit 79 Prozent Ja-Stimmen zugestimmt habe. Der Ja-Stimmenanteil in der ganzen Stadt betrug 73 Prozent. Erste Bauarbeiten wie die Sanierung des Könizbachkanals beginnen laut Wyss in einer Woche. Der eigentliche Baustart sei im Frühling 2016 vorgesehen.

Tramdepot Burgernziel

Gar 78 Prozent stimmten der Abgabe des Areal Burgernziel im Baurecht an einen noch zu bestimmenden Investor zu. Er soll dort einen Gebäudekomplex mit rund 100 Wohnungen und Geschäftsräumlichkeiten errichten.

Von einem «tollen Resultat» sprach Finanzdirektor Alexandre Schmidt (FDP). Ab Januar 2016 könne mit der In-

vestorensuche begonnen werden. Möglich sei eine Bietergemeinschaft mit gemeinnützigen Wohnbauträgern. «Es wird deutlich mehr als bloss einen Interessenten geben», sagte Schmidt. Der Baubeginn ist frühestens Ende 2016 möglich.

Budget 2016 Stadt Bern

«Dankbar» zeigte sich Schmidt zur «sehr hohen» Zustimmung zur «sehr hohen» Zustimmung zur Erweiterung der Volksschule Manuel. Fast 47 Millionen Franken gaben die Stimmberechtigten damit frei. Teuscher zeigte sich erleichtert über das Resultat, gerade angesichts des dringenden Schulraumbedarfs. «Es ist erfreulich, dass auch grosse Schulhaussanierungen Rückhalt bei der Bevölkerung geniessen», sagte Teuscher.

Sanierung Manuel-Schulhaus

Vom grössten Erfolg konnte Bildungsdirektorin Franziska Teuscher (GB) berichten. Über 91 Prozent der Stimmenden sagten Ja zur Sanierung und Erweiterung der Volksschule Manuel. Fast 47 Millionen Franken gaben die Stimmberechtigten damit frei. Teuscher zeigte sich erleichtert über das Resultat, gerade angesichts des dringenden Schulraumbedarfs. «Es ist erfreulich, dass auch grosse Schulhaussanierungen Rückhalt bei der Bevölkerung geniessen», sagte Teuscher.

Wahlverfahren Stadtpräsidium

Mit 88 Prozent Ja stimmte das Volk einer Revision des Reglements über die politischen Rechte zu. Diese sieht vor, dass bei einem zweiten Wahlgang ins Stadtpräsidium alle in den Gemeinderat gewählten Personen zugelassen sind. Bisher war dies nur jenen möglich, die im ersten Wahlgang fürs Stadtpräsidium kandidiert hatten. (bob/sie)

Ergebnisse nach Stadtteilen

Stimmbeteiligung: 38,0%

	Tramdepot Burgernziel		Wald-Stadt		Wahlverfahren Stadtpräsidium		Hallenbad		Eigerplatz		Volksschule Manuel		Budget 2016	
	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Nein
Innere Stadt	4142	1121	1583	3724	4612	440	4036	1262	4049	1203	4955	358	3981	1027
Länggasse/Felsenau	2907	676	1329	2275	3103	347	2670	917	2693	856	3327	266	2748	665
Mattenhof/Weissenbühl	3978	1043	1573	3479	4345	494	3899	1183	4007	1079	4649	399	3766	1000
Kirchenfeld/Schosshalde	5459	1730	2374	4745	6108	770	5392	1750	5070	1996	6703	501	5186	1662
Breitenrain/Lorraine	3742	1139	1461	3465	4254	479	3730	1174	3657	1212	4548	363	3695	979
Bümpliz/Bethlehem	3491	1036	2125	2458	3476	879	3122	1446	2806	1711	3701	851	2907	1488
Total	23 719	6 745	10 445	20 146	25 898	3 409	22 849	7 732	22 282	8 057	27 883	2 738	22 283	6 821
Stimmanteile in %	77,9	22,1	34,1	65,9	88,4	11,6	74,7	25,3	73,4	26,6	91,1	8,9	76,6	23,4